



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/243 - 20.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Neue Gefahren für die Saar	S. 1
Beruhigung nach Morecambe - Bericht aus London -	S. 3
Der Parteitag, der keiner war	S. 4
Die DP in Goslar	S. 6

Bedrohliche Entwicklung im Saargebiet

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Saarministerpräsident Hoffmann hat am 7. Oktober vor dem Landtag in Saarbrücken eine Erklärung abgegeben, derzufolge die Landtagswahlen an der Saar vor dem 17. Dezember stattfinden müßten, falls nicht noch im Oktober eine prinzipielle Einigung über die "Europäisierung" der Saar zwischen Frankreich und Deutschland erzielt sei. Der Wahltermin wurde nicht - wie es den deutschen Wünschen entsprechen würde - auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, um eine Möglichkeit zu bieten, die demokratischen Freiheiten für die Saarbevölkerung zu gewährleisten. Die Erklärung Hoffmanns und die Ausführungen des OVP-Sprechers Dr. Singer und des SPS-Vorsitzenden Kirn waren zweifellos mit Frankreich vereinbart und dienten dem Zweck, einen Druck auf die deutsche Bundesregierung auszuüben. Sie sollte durch den Saarbrücker Stimmumfang dazu bewogen werden, nun doch noch den von Frankreich als Voraussetzung für jede Saareinigung gewünschten endgültigen Verzicht auf die politische Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland auszusprechen. Der Vorsitzende der noch nicht zugelassenen Deutschen Sozialdemokratischen Partei, Kurt Conrad, sagte zu diesem Verlangen in seiner Diskussionsrede vor dem Landtag, daß man die Verwirklichung demokratischer Prinzipien an der Saar nicht als ein Tauschgeschäft ansehen könne und daß sie die Voraussetzung für jegliche Diskussion über die Lösung dieser

Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich sein müsse.

Es ist in der Tat so. Wenn die Regierung Hoffmann und ihre Auftraggeber in Paris sich bereit finden, noch in diesem Jahre ohne die um ihre Zulassung kämpfenden deutschgesinnten Parteien die Saarbevölkerung zur Wahl aufzurufen, wird das nicht nur für die Entwicklung in der Saarfrage zwischen Frankreich und Deutschland, sondern auch für das Ansehen der Demokratie schlechthin von unheilvollster Bedeutung sein. Man täuscht sich, wenn man in Paris und in Saarbrücken glaubt, daß man durch die Nichtgenehmigung von Parteien eine echte Volksbewegung abtöten kann. Die Vertreter der Opposition an der Saar sind entschlossen, sich nicht mit einem Verbotsdekret des französischen Innenministers der Saarregierung abzufinden. Es bleibt ihnen im Falle der Nichtzulassung und im Falle der baldigen Durchführung von Wahlen nur die Möglichkeit, die Bevölkerung zu einer negativen Entscheidung, nämlich zur Abgabe weißer Stimmzettel, aufzufordern.

Das wäre der einzige Weg, um den derzeitigen Machthabern in Saarbrücken eine entscheidende Schlappe zuzufügen. Aber dieser Weg birgt Gefahren in sich. Ein Regime, das die Auseinandersetzung mit dem Gegner auf demokratischer Basis fürchtet und deshalb unmöglich macht, muß damit rechnen, daß ihm Kräfte der Illegalität entgegentreten, die nicht zu kontrollieren sind. Wer die Stimmung der Saarbevölkerung und insbesondere die der schaffenden Menschen kennt, weiß, das weite Kreisse bereit sind, sich auch ohne Genehmigung offizieller Stellen gegen das Saarbrücker Regime aufzulehnen. Daß die Menschen an der Saar, die aus ihrer deutschen Gesinnung keinen Hehl machen und die deshalb eine Lösung der Saarfrage bei Anerkennung ihrer politischen Zugehörigkeit zu Deutschland erstreben, zu dem Mittel der Illegalität als dem einzigen verbleibenden Ausweg greifen müssen, ist beschämend für die westliche Welt. Diejenigen, die gegenüber dem Ostblock die Herstellung der Freiheit als Voraussetzung für jede Viererverhandlung über die Einheit Deutschlands fordern, demonstrieren den Sowjets durch ihre Haltung in der Saarfrage, daß sie die Freiheit nicht als unteilbar ansehen und daß sie bereit sind, sie im Bereich ihrer eigenen Macht mit Füßen zu treten, wenn es darum geht, materielle Vorteile zu sichern.

Es wäre deshalb für Frankreich an der Zeit, den Versuch aufzugeben, durch seine Saarbrücker Satelliten ultimative Forderungen an die deutsche Bundesrepublik stellen zu lassen. Im Geiste Richelieu'scher Machtpolitik wird kein vereintes Europa geschaffen werden können. Die verständigungsbereiten Kräfte in Frankreich sollten ihren Einfluß dahin gehend geltend machen, daß Herrn Hoffmann und seiner Saarbrücker Clique in aller Entschiedenheit auch von Paris aus gesagt wird, daß man mit den kleinen Tricks, wie er sie gegenüber den deutschen Parteien anwendet, keiner guten Sache zu dienen vermag. Bei Fortsetzung dieser nichtswürdigen Praktiken der Saarbrücker Regierung wird es nicht möglich sein, die ohnehin gespannte Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland zu bereinigen.

Bevan will ins "Schattenkabinett"

B.O.-London

Nachdem auf dem Labour-Parteitag in Morecambe vor zwei Wochen die Meinungsverschiedenheiten zwischen "Bevanisten" und "Orthodoxen" in freier, häufig "zu freier" Aussprache erörtert wurden, hat Aneurin Bevan sich jetzt bereit erklärt, seinen Austritt aus der Labour-Regierung (der im April 1951 stattfand) dadurch rückgängig zu machen, daß er für die Wahl zum Fraktionsvorstand ("The Parliamentary Committee") kandidieren will.

Der Fraktionsvorstand, in der Opposition auch häufig als das "Schattenkabinett" oder "Opposition Front Bench" bezeichnet, wird von sämtlichen Labourabgeordneten in geheimer Sitzung gewählt und stellt bei einem Regierungswechsel das Personal, aus dem der neue Premierminister (also Attlee) die neuen Minister auswählt. Seit ihrem Austritt aus der seinerzeitigen Labourregierung haben Bevan, Harold Wilson und John Freeman nicht mehr zu diesem Ausschuss kandidiert. Wenn Bevan und Wilson sich jetzt aufstellen lassen, so bedeutet das, daß sie von ihrer Seite aus den Meinungsstreit als durch Morecambe beigelegt betrachten. Doch zur Beilegung eines Zwistes gehören zwei, und es ist noch nicht sicher, ob die große Mehrheit der "Orthodoxen" bereit sein wird, für die Rebellen die nötigen Stimmen abzugeben, um sie wieder auf die "Front Bench" im Unterhaus zu setzen. Attlee hat bereits sein Einverständnis erklärt, und man kann erwarten, daß seine Autorität in der Fraktion genügen sollte, auch den "unversöhnlichen" Flügel zum Einlenken zu bewegen.

Als eine weitere Geste der Versöhnlichkeit haben die Bevanisten alle Mitglieder der Labourfraktion eingeladen, an ihren Besprechungen laufend teilzunehmen, damit sie sich selbst davon überzeugen können, daß dort keine "Partei innerhalb der Partei" bestehe. Dabei mag natürlich der Hintergedanke mitspielen, daß auf diese Weise die Bevanisten hoffen, immer mehr und mehr Abgeordnete zu ihrer aktivistischen Richtung zu bekehren: Je lebhafter es auf diesen Sitzungen zugeht (und es soll manchmal dort einen recht lebendigen Meinungsaustausch gegeben haben!), desto mehr versprechen sie sich

davon, so daß demnach die Anwesenheit noch unbekehrter Labour-Leute ihnen nur erwünscht sein kann.

Andererseits haben die Bevanisten die von den Heißspornen aus der Gewerkschaftsführung geforderte Einstellung der bevanistischen Wochenzeitung "Tribune", die Bevan 1937 gründete, rundweg abgelehnt. Diese Forderung fand auch nur wenig Widerhall selbst in Kreisen der Partei und Gewerkschaften, die sonst Bevan und seinen Freunden höchst kritisch gegenüberstehen.

Angesichts der kommenden Kämpfe im Unterhaus, in denen die Labour Party mit allen Mitteln gegen die Gesetzentwürfe zur Entstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie und des Langstrecken-Lastwagentransports zu kämpfen hat, liegt es im Interesse der Partei, ihre Reihen zu schließen. Deshalb dürfte Bevans plötzliche Konzilianz bei den meisten Fraktionsmitgliedern die erwünschte Resonanz finden.

+ + +

Adenauer, der Berliner
oder das mißlungene Alibi

P.R. Sieht man genauer hin, so war der Parteitag der CDU in Berlin gar kein Parteitag. Der soll erst im nächsten Frühjahr in Hamburg stattfinden, als unmittelbare Vorbereitung auf die Bundestagswahl. Man legte auch kein Programm oder etwas Ähnliches vor. Es wurden einige Referate gehalten, die nichts Neues brachten und die auch bei jeder anderen Gelegenheit am Platze gewesen wären. Es kam auch zu keiner echten Diskussion, keiner geistigen Auseinandersetzung. Dafür gab es viele volltönende Deklamationen, Alles war Schau- und Zurschaustellung. Der Sinn der Demonstration enthüllte sich durch die Ortswahl Berlin. Hier und - da Berlin inmitten der Sowjetzone liegt - in dieser wollte man sich wieder einmal in empfehlende Erinnerung bringen. "Nur 2000 Meter von der Sektorengrenze entfernt, erklärte der Bundeskanzler...!" Man denke!

Dr. Adenauer selbst griff um eine ganze Oktave daneben, als er in seinen präludierenden Bemerkungen am Freitag abend von Berlin sagte: "Ich fühle mich hier zu Hause". Mechthilde Lichnowsky hat

einmal in einem ihrer reizenden Bücher zwischen Asphalt-Berlinern - die bei ihr nicht gut wegkommen - und Spree-Berlinern unterschieden, die, mit Spreewasser getauft, später an Sonntagen auf diesem freundlichen Wasser ins Grüne fahren und für die sie viel übrig hat. Sie kannte noch nicht den Rhein-Berliner, der alle paar Jahre einmal nach Berlin kommt und kühn behauptet, er sei dort zu Hause. Das nimmt dem Kanzler niemand ab. Zu viele Äußerungen von ihm selbst, vor allem aber sein ganzes Leben beweisen, daß er auch im Geistigen linksrheinisch zu Hause ist. Mit dem ewig beweglichen, kritisch-unruhigen, auf Veränderung und Fortschritt drängenden Sinn der Berliner hat er nichts gemein. Man kann nicht überall zu Hause sein wollen, nur weil man sich politisch davon etwas verspricht.

Dr. Adenauer hat hervorgehoben, was alles der Bund, sprich: Die Regierung, für Berlin getan habe. Er hat vergessen zu erwähnen, daß das geschah, nachdem der Regierende Bürgermeister Berlins durch Jahre hindurch monatlich oder in kürzeren Abständen nach Bonn kommen und geradezu für seine Stadt betteln mußte, ehe ihm das Notwendigste gewährt wurde. Was hier als Verdienst in Anspruch genommen wird, ist angesichts der besonderen Lage Berlins und der Bedeutung der Stadt für die Bundesrepublik nichts anderes, als eine verspätet eingelöste Verpflichtung. Am horizontalen Finanzausgleich der Länder untereinander ist Berlin auch heute noch nicht beteiligt, obwohl man es als zwölftes Land betrachtet. Zur Selbstgefälligkeit bestand gerade in diesem Punkt ganz gewiß kein Anlaß.

Weshalb die CDU nach Berlin ging, ist klar. Weshalb aber ging sie j e t z t dorthin? Weil ihre maßgebenden Männer der Ansicht waren, es sei höchste Zeit. Die Entwicklung ist in der Sowjetzone gerade in der Zeit der forcierten Anstrengungen der Bundesregierung, das westliche Vertragswerk unter Dach und Fach zu bringen, eindeutig in der Richtung einer beträchtlichen Verschlimmerung der geistigen und materiellen Lebensbedingungen und einer verschärften Isolierung Berlins gelaufen. Es liegen handfeste Anzeichen dafür vor, daß diese Entwicklung ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, daß die Spaltung Deutschlands möglicherweise für Jahrzehnte bestehen bleibt.

Der ursächliche Zusammenhang zwischen der Politik Dr. Adenauers seiner Regierung sowie seiner Partei und dieser Entwicklung ist

unverkennbar. So lag es nahe, zu versuchen, mit massivem Propaganda-einsatz solcher Erkenntnis entgegen zu wirken, Es geschah mit der durch ewige Wiederholung nicht überzeugender wirkenden Behauptung, die Bundesregierung verfolge als dringendste Aufgabe die Wiedervereinigung Deutschlands. Das stimmt einfach nicht. Man kann es täglich hören und lesen: Die wichtigste Aufgabe erscheint dieser Regierung die Einbeziehung eines Teiles Deutschlands, der Bundesrepublik, in das Vertragssystem des Westens. Die Regierung sagt: Dies eben sei die Chance für die Wiedervereinigung. Anders ausgedrückt: Nur die Vereinigung "deutscher Divisionen" mit der militärischen Stärke der Westmächte wird eines Tages die Russen zum Abmarsch aus Mittel- und Ostdeutschland nötigen. Noch nie ist gesagt worden, wie man sich das praktisch vorstellt, ohne daß man dabei den Ausbruch eines neuen Krieges riskiert.

Die Chance einer Wiedervereinigung auf friedlichem Wege, d.h. von Verhandlungen auf höchster politischer Ebene über die Bedingungen, mag vielleicht zur Zeit nur noch minimal sein. Daß dem so ist, geht mit auf die Politik der Bundesregierung zurück, wenn auch die Hauptverantwortung andere Stellen zu tragen haben. Das politische Alibi, das sich der Bundeskanzler in dieser Hinsicht durch den Parteitag, der keiner war, geben wollte, ist mißlungen.

+ + +

Die Machtergreifung innerhalb der DP

-dt - Hannover

Selten ist ein Parteichef so jäh aus allen Himmeln gerissen worden, wie Heinrich Hellwege auf dem DP-Parteitag in Goslar, Denn als Hellwege im Vollgefühl seiner scheinbar unantastbaren Position den Saal verließ, um, wie es sich gehört, sich in Abwesenheit wiederwählen zu lassen, wußten nur wenige im Saal, daß jetzt die "Tragödie Hellwege" über die Bühne gehen werde.

Die Vorgänge sind bekannt: Seeborn erhielt im ersten geheimen Wahlgang 146, Hellwege 145 Stimmen. Die Szene war peinvoll; diejenigen, die Seeborn auf den DP-Schild gehoben hatten, bekamen, weil verfrüht, wohl selbst Angst vor ihrer Courage und ergriffen die Gelegenheit, die Situation für Hellwege zu retten. Seeborn verzichtete ("Als Bundesverkehrsminister bin ich viel zu stark überlastet") und so konnte das geheime Votum durch Akklamation in ein "einmütiges" Bekenntnis umgemünzt werden: Hellwege erster, Seeborn zweiter Vorsitzender.

Hellwege erntete, was er selbst in den letzten Jahren gesät hat. Jahrelang hat die DP in unedlem Wettstreit mit dem rechten

Flügel der FDP und mit der SRP um die ehemaligen Nationalsozialisten geworben und um der Zahl willen unbesehen aufgenommen, was sich anbot. Jetzt bekam Hellwege die Quittung: Die Stimmen, die Seeborn erhielt, sind die ehemaligen Nazis. In seinem blinden Eifer, Fußstruppen im Kampf gegen den Sozialismus zu sammeln, hatte Hellwege die Gefahr unterschätzt.

Diejenigen, die in Goslar den Bauch des Trojanischen Pferdes öffneten und die anti-Hellwege-Stimmen herausließen, waren kein unbeschriebenes Blatt: Der hessische Landesverband, dem es in kurzer Zeit gelang, selbst FDP-Euler in Hessen den Rang streitig zu machen. Sein Sprecher ist, nachdem man Dr. Krebs, ehemals NS-Oberbürgermeister von Frankfurt, in den Hintergrund geschoben hatte, Dr. Albert Derichsweiler Reichsstudentenführer von 1934 bis 1936. Heute in öffentlichen Kundgebungen mit dieser Vergangenheit hausieren gehend ("Ich bin ein sogenannter ehemaliger Nazi") ohne sich viel Mühe zu geben, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Ihm zur Seite stand in Goslar der ehemalige NS-Polizeipräsident von Kassel, später Regierungspräsident von Wiesbaden, Dr. Pfeffer von Salomon, einst sehr hoher SA-Führer. Als dritter Mann machte Dr. Helmut Schrenz von sich reden, einst NS-Oberbürgermeister von Offenbach.

Diese Männer, unterstützt von dem ähnlich ausgerichteten Landesverband Nordrhein-Westfalen, gingen mit einem bewundernswerten Geschick und einer präzisen Kenntnis demokratischer Versammlungsregeln zu Werke. Sie kümmerten sich nicht um das, was über Außen- oder Innenpolitik oder über die Grundkonzeption der DP gesagt wurde. Dort aber, wo es um Parteistatuten, Verfahrensfragen des inneren Parteibetriebes usw. ging, dort hakten Derichsweiler und Parteigenossen zäh und verbissen ein und setzten sich gegen die konservative Schwarfälligkeit der alten DP-Garde durch. Darit ist klar: Derichsweiler und Genossen kümmern sich heute ausschließlich um die Partemaschine. Sitzen sie einmal an deren Hebeln, dann wird es ihnen nicht schwer fallen, die Politik der DP zu bestimmen. Innerhalb der DP wiederholt sich so, was in größerem Maßstab 1933 vorexerziert wurde: Die Machtergreifung mit Hilfe demokratischer Verfahrensregeln. Wie weit dieser Prozeß gediehen ist, zeigte die geheime Abstimmung über den Parteichef.

Bewußt hat Derichsweiler keinen Mann aus seinen Reihen vorgehoben. Seeborn ist keineswegs als Exponent dieses Flügels zu betrachten, obwohl er an Radikalismus seinesgleichen in der DP suchen kann. Er ist, ohne es zu ahnen, für Derichsweiler, was für Hitler Papen war. Man könnte wetten, daß in zwei, spätestens in vier Jahren, wenn es wieder Vorstandswahlen gibt, Derichsweiler seinen eigenen Kandidaten haben wird. Dann braucht er Seeborn nicht mehr, denn inzwischen läuft die Entwicklung weiter, es wird Landtags- und Bundestagswahlen geben, bei denen der zielbewußte Derichsweiler, der SRP-Konkurrenz ledig, seine Stellung ausbauen wird. Dann werden auch die in Goslar noch einmal unterdrückten Tendenzen zur "deutschen Sammlung" wirksam zur Geltung kommen, denn inzwischen werden die Exponenten dieser Tendenzen an den entscheidenden Parteihebeln sitzen. Und Hellwege wird, wenn er Demokrat bleiben will, wie 1945 mit seiner "Konservativen Erneuerung" von vorn beginnen müssen, denn in der DP wird er nichts mehr zu bestellen haben. Heute sitzt er im selbstgebauten Gefängnis; zurückschrauben läßt sich diese Entwicklung nicht mehr.